

Absender:

.....
.....
.....

An das
Amtsgericht Schöneberg
Grunewaldstr. 66/67
10823 Berlin

Datum:

Antrag

In der Zwangsvollstreckungssache

..... (Gläubiger)

./..... (Schuldner)

Geschäftszeichen:

beantrage ich, (vollständiger Name)

..... (zustellfähige Anschrift)

Telefonnummer für Rückfragen: (optional)

- 1. Die Festsetzung des, von der Pfändung nicht erfassten Teils meines Kontoguthabens gemäß § 899 Abs. 1, § 902 S. 1 i.V.m. § 906 ZPO auf einen weiteren unpfändbaren Betrag und**
- 2. anzuordnen, dass die Zwangsvollstreckung bis zur Entscheidung über den Antrag einstweilen eingestellt wird, gemäß § 906 i.V.m. § 732 Abs. 2 ZPO.**

Ich führe ein Pfändungsschutzkonto bei der (Bank)
zur IBAN-Nummer

Bei diesem Konto handelt es sich um ein Pfändungsschutzkonto im Sinne des § 850 k Abs. 1 ZPO. Die Bescheinigung über das P-Konto füge ich bei.

Ich habe einen Freibetrag in Höhe von EUR (bescheinigter Freibetrag).

Folgende monatliche Beträge gehen auf meinem Konto ein:

<input type="checkbox"/> Arbeitseinkommen in Höhe von:	EUR
<input type="checkbox"/> Arbeitslosengeld I in Höhe von:	EUR
<input type="checkbox"/> Arbeitslosengeld II in Höhe von:	EUR
<input type="checkbox"/> Kindergeld in Höhe von:	EUR
<input type="checkbox"/> Sonstiges:	
in Höhe von:	EUR

Weitere Einkünfte oder Vermögen habe ich nicht.

Ich stelle den Antrag, da ich eine Zahlung in Höhe von EUR vom/von (zahlende Stelle) am (Datum des Eingangs) erhalten habe, wodurch mein Freibetrag überschritten wird.

Es handelt sich dabei um eine Nachzahlung für die Monate (Anfang) bis (Ende).

Angaben zu meinen familiären Verhältnissen:

Ich bin ledig verwitwet verheiratet

Auf die Freigabe des Geldes bin ich zwingend angewiesen, weil:

.....
.....
.....

Ich füge die Kontoauszüge der letzten 3 Monate sowie sämtliche Einkommensbelege bei!

Mir ist bekannt, dass vom Gericht lediglich Kontoguthaben von der Pfändung und Überweisung freigestellt werden kann.

Um zu verhindern, dass bis zur Entscheidung über den Antrag Auszahlungen durch den Drittschuldner an den Gläubiger erfolgen, ist die Vollstreckung einstweilen einzustellen.

Ich bitte, meinem Antrag **schnellstmöglich** zu entsprechen.

Die Richtigkeit der vorstehenden tatsächlichen Angaben versichere ich nach Kenntnis über die Strafbarkeit einer falschen eidesstattlichen Versicherung an Eides Statt, vgl. § 161 Abs. 1 StGB.

.....
(Unterschrift)